

ALLE REDEN VOM NUMERUS CLAUSUS -

WIR AUCH !

Auf der letzten Vollversammlung waren sich alle einig:

Die Zulassungsbeschränkungen an fast allen deutschen Universitäten sind das Ergebnis einer 20jährigen verfehlten Bildungspolitik im Interesse der Herrschenden.

Der Profit in den expandierenden Industrien und insbesondere in der Rüstungsindustrie - wo er bekanntlich am größten ist und das Risiko am kleinsten - war den Nachkriegsregierungen wichtiger als Planung und Investitionen im Ausbildungssektor, insbesondere, da bis 1961 die DDR mit ihrem anerkannt leistungsfähigeren Bildungssystem kostenlos Fachkräfte lieferte.

Inzwischen hat selbst der Akademische Senat die Misere erkannt und eine Numerus-Klausus-Kampagne gestartet, in der er mit naiven Sprüchen und kollektivem Klagen die mangelnde Planung und zu geringen Mittel bejammert, Konsequenzen werden allerdings durch nebulöse Appelle ersetzt.

Umso wichtiger für uns, unsere Ziele und unsere Strategie genauer zu benennen.

Die letzte Vollversammlung deklamierte:

"Die Studenten können realistischenweise eine Orientierung von Forschung und Ausbildung an den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten nur für die Zukunft erwarten, wenn diese Waffe in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist."

Das erfordert endlich Konsequenzen !

Alle reden von Planung - wir auch !

Doch wir fordern auch, wie sie auszusehen hat:

Die Wissenschafts- und Bildungsplanung muß sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, den Lohnabhängigen, der Arbeiterklasse orientieren, nicht an kurz- oder langfristigen Profitinteressen der Unternehmer!

Das ist nur möglich in einem einheitlichen demokratischen Bildungssystem von Vorschulerziehung bis Universitätsausbildung, wie es die DKP in ihrem Bildungsprogramm und Hochschulprogramm gefordert hat. Dazu gehört eine Demokratisierung der Bildungsinhalte und eine wissenschaftliche Erziehung für alle ebenso wie eine wirksame Kontrolle auf allen Ebenen durch gesellschaftliche Beiräte, denen nicht nur Vertreter der entsprechenden Institutionen des Bildungswesens, sondern auch Vertreter der arbeitenden Bevölkerung anzuhören haben.

- wenden -

57457

Alle reden von mehr Geld für die Bildung - wir auch!

Doch wir sagen auch, woher die Mittel zu nehmen sind:

Nicht beim Wohnungsbau, Straßenbau, Krankenhausbau usw., sondern beim einzigen Posten, dem es nicht schadet, geschröpft zu werden, dem Rüstungshaushalt.

Nach wie vor fließen aus dem Hamburger Steueraufkommen Woche für Woche 30 Mill. DM direkt in die Rüstung!

Die DKP fordert:

Kürzung der Rüstungsausgaben um 50 %. Verbleib des eingesparten Steueraufkommens in Hamburg.

Alle reden vom Verändern - wir auch!

Doch wir rufen nicht undifferenziert zur Korrektur der Verhältnisse durch Stimmabgabe bei den Bürgerschaftswahlen auf, wie Rektor Sinn. Jen will er denn wählen?

Die CDU, die sich jetzt in Hamburg so gern wissenschaftsfreundlich gibt, hat durch ihre Kalte-Krieger-Politik in Bonn die ganze Misere verursacht. Die SPD hat sich dem nicht widersetzt und nur zu reparieren versucht, was nicht mehr zu retten war, und als dies offenkundig, schnell ein neues Kleid geschneidert, ohne Ursachen zu beseitigen. Die FDP hat beiden Herren treulich gedient, grundsätzlich ändern will auch sie nicht.

Wir brauchen Arbeiter in der Bürgerschaft, wir brauchen Kommunisten in der Bürgerschaft! Wer verändern will gibt seine Stimme der D K P !

Doch es genügt uns nicht, in Parlamenten die Finger in offene Wunden zu legen und die Mauseheulen zu entlarven. Veränderungen müssen erkämpft werden, und zwar von denen, deren Interesse sie darstellen. Es genügt nicht, daß selbsternannte Revolutionäre die "objektiven Interessen der Arbeiterklasse" vertreten, erst dem "Bündnis von Wissenschaft, Proletariat und Technik wird keine noch so finstere Macht widerstehen können." (Lenin) Dieses Bündnis können wir nicht durch elitären Führungsanspruch herstellen.

Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, unsere Meinung auch außerhalb der studentischen Inzucht darlegen zu können.

Eine Gelegenheit sind die Teach-ins in den nächsten Tagen.

Erlauben wir nicht das allgemeine Gejammer, stören wir aber auch nicht um des Störens willen!

Wir müssen aufzeigen, für wen geforscht, wofür ausgebildet werden soll.

Geben wir der Kampagne des Akademischen Senats eine emanzipatorische Dimension!

P.S. Die DKP-Hochschulgruppe trifft sich an jedem 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Landesbüro der DKP, Kaiser-Wilhelm-Str. 89

Verantwortlich: DKP-Hochschulgruppe
Peter Bidekow

Eigendruck

51458